

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 9. Nov. Sr. Maj. der Kaiser hat dem hiesigen Comité für die Uberschwemmten in der spanischen Provinz Murcia den Betrag von 10000 M. behändigen lassen. Berlin, 9. Nov. Sr. Maj. Kanonenboot Hyäne, vier Geschütze, Commandant Kapitänlieutenant v. Gloeden, ist am 23. Oct. in Madeira eingetroffen und hat an demselben Tage die Reise nach dem Cap-Verde und Montevideo fortgesetzt. Frankfurt a. M., 9. Nov. Die Frankfurter Zeitung bringt die ihr in verwichener Nacht zugegangene Nachricht, daß sich gestern Abend um 7 1/2 Uhr bei Bischofsheim ein schweres Eisenbahnunglück zugetragen hat. Der um 6 Uhr 55 Min. von Frankfurt nach Mainz abgehende Personenzug stieß zu der obenangegebenen Stunde mit dem gegen 7 1/2 Uhr aus Mainz abfahrenden Personenzug zusammen. Beide Maschinen wurden beschädigt, ein Personenwagen 2. Klasse und zwei Gepäckwagen des frankfurter Zuges zertrümmert. Drei Menschenleben sind zu beklagen; ein Bremser der Rheinischen Bahn und eine Frau mit Kind (aus Mainz). Fünf oder sieben Schwerverwundete liegen im Wartesaal zu Bischofsheim, wo ihnen die nöthigste ärztliche Hilfe zu Theil wurde; sämtliche Verunglückte gehören dem aus Frankfurt abgefahrenen Zuge an. Als Ursache des Unglücks wird falsche Weichenstellung angegeben. Breslau, 8. Nov. Der Berliner Expresszug ist heute Nachmittag bei dem Bahnhofe Gassen entgleist; die Bahn ist gesperrt. Ein Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen. Wien, 9. Nov. Ein Artikel der «Montagsrevue» erörtert die Nothwendigkeit für alle besonnenen und wahrhaft conservativen Männer der Linken des Abgeordnetenhauses, für die Wehrvorlage zu stimmen, zu deren Annahme auch nach Ansicht der Regierung eine Zweidrittelmajorität erforderlich sei. Der Artikel führt sodann aus, daß eine Ablehnung der Wehrvorlage unzweifelhaft die Verunsicherung der Rechte zur Bildung einer neuen Regierung und zu föderalistischen Versuchsversuchen führen müßte. Wien, 9. Nov. Die Hierherkunft des russischen Thronfolgers findet nicht statt, da der Kaiser sich noch in Gödöllö befindet. (S. Deutsches Reich.) Wien, 9. Nov. Die Nachricht von der Zweitheilung der prager Universität wird dementirt. Der Pesther Lloyd meldet: „Der Finanzminister wird den Gesetzentwurf betreffs Verlängerung der Amortisation der Grundentlastungssobligationen zurückziehen.“ Budapest, 8. Nov. Der Abg. Pazmandy veröffentlicht eine motivirte Erklärung, in welcher er seine Ueberzeugung ausdrückt, daß der Finanzminister Szápáry seine amtliche Stellung nicht benutzt habe, um sich persönliche Vortheile zu machen, und daß derselbe

das Amtsgeheimniß nicht verletzt habe. In der Affaire Szápáry-Pazmandy erklären die vier Zeugen der Be-theiligten, daß dieselbe in Gemäßheit der Gesetze der Ritterlichkeit ihre Erledigung gefunden habe. Paris, 8. Nov. Der Messager de Paris schreibt, die Verhandlungen zwischen dem Verwaltungsrathe der Banque européenne und einem Bankiersyndikat hätten zu einem befriedigenden Ergebnis geführt, die Liquidation der nothleidend gebliebenen Geschäfte scheine nunmehr gesichert. Der Soir bestätigt, daß die Banque européenne beschloffen habe, die Schulden Philippart's zu bezahlen, und glaubt zu wissen, daß der Bank nach Bezahlung der Schulden ein Activbestand verbleiben werde, welcher ihr vollkommen gestatte, ihre Operationen fortzusetzen. Paris, 8. Nov. Die Nachricht des Memorial diplomatique, der Papst gedenke im nächsten Frühjahr nach Brüssel zu gehen und sich von dort zur Einweihung des Doms nach Köln zu begeben, wird von belgischen Blättern als vollkommen unbegründet bezeichnet. Paris, 9. Nov. Bei den heutigen Neuwahlen zum Senat wurden im Departement Charente der Marschall Canrobert mit 314 von 499 Stimmen und im Departement Hautes-Alpes Guiffrey (Republikaner) mit 140 von 241 Stimmen gewählt. Paris, 9. Nov. In der gestrigen Sitzung des hiesigen Municipalraths erklärte der Seinepräfect Herold, daß noch vor dem 1. Oct. t. J. sämtliche congreganistische Schulen in Laienschulen umgewandelt sein würden. Brüssel, 9. Nov. Heute fand auf dem hiesigen Kirchhofe die feierliche Einweihung des Denkmals für die in den Jahren 1870 und 1871 in Belgien verstorbenen deutschen Krieger statt. Der Feierlichkeit, bei welcher der Bürgermeister, der protestantische Prediger und andere Reden hielten, wohnten der deutsche Gesandte, die Spitzen der Behörden, Mitglieder der deutschen Colonie sowie eine zahlreiche Menschenmenge bei. Petersburg, 8. Nov. Die Agence russe weist die Besorgnisse des Publicums zurück vor einer etwaigen Demonstration der englischen Flotte. Sie steht in den Auslassungen der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung den unwiderlegbaren Beweis für den friedlichen und defensiven Charakter des deutsch-österreichischen Einvernehmens, in dessen Rahmen alle friedlichgesinnten Mächte eintreten könnten; unter diesen aber stehe Rußland in erster Reihe. Alle Gerüchte über russische Truppenconcentrungen an der deutschen Grenze seien kategorisch für unbegründet zu erklären. (Wiederholt.) Petersburg, 9. Nov. Eine allerhöchste Verordnung regelt die Anwendung der Waffen durch die Polizei und Gendarmen während der Erfüllung ihrer Amtspflicht und verfügt, daß der Gebrauch der Waffen beim Selbstschutze gegen Bewaffnete, bei

einem Anfälle in der Vertheidigung anderer sowie bei einem Anfälle während der Verhaftung von Verbrechern und der Verfolgung entlaufener Arrestanten zulässig sei, dagegen könne von der Waffe bei einer Berufung der Polizei und Gendarmen zur Wiederherstellung der Ordnung nur auf Anordnung der Polizeibehörde und zwar nach dreimaliger lauter Verwarnung der Tumultuanten Gebrauch gemacht werden. Belgrad, 9. Nov. Der Fürst Milan ist heute nach Nisch abgereist, um daselbst während der Sitzungen der Skupschtina einen längeren Aufenthalt zu nehmen. Wien, 8. Nov. Meldung der Politischen Correspondenz aus Konstantinopel von heute: „Der russische Botschafter Fürst Lobanow ist von Livadia hierher zurückgekehrt. — Der griechische Patriarch hat die Unabhängigkeitserklärung der serbischen Kirche anerkannt.“ Newyork, 9. Nov. Hier eingegangene Nachrichten aus Samoa vom 21. Sept. melden, daß es zwischen den Streitkräften Malietoa's und denen der früheren Regierung zu einem Zusammenstoß gekommen sei, bei welchem der erstere den Sieg davongetragen hätte. Malietoa habe im Auftrage Englands einen Vertrag mit Gordon abgeschlossen, dessen Hauptpunkt die Errichtung einer englischen Kohlenstation und eines Flottendocks in einer andern Gegend als der von der amerikanischen Regierung gewählten bilde. Zwischen Gordon, dem Kapitän Chandler, dem Befehlshaber des amerikanischen Kriegsschiffs Hadawana und dem deutschen Consul Weber ist eine Verabredung getroffen worden zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Apia; hiernach würde für die Municipalverwaltung eine Regierungsbehörde eingesetzt werden, die aus dem in Apia anwesenden fremden Consuln und Residenten bestehen soll, deren Regierungen Verträge mit Samoa haben. Die Contrahirenden erkennen Malietoa an und haben ihre amtlichen Beziehungen mit dessen Regierung aufgenommen.

Leipzig, 10. November.

Fast schien es, als sollte der Türkei von ihrem wärmsten Freunde und Beschützer im vorigen Jahre, von England, Gewalt angethan werden. Die englische Flotte, die früher ein paar mal sich Konstantinopel genähert, um dasselbe gegen einen russischen Handstreich zu schützen, war jetzt auf dem Wege dahin, um nöthigenfalls die Forderungen der englischen Regierung mit Gewalt durchzusetzen. Diese Forderungen bezogen sich zunächst und offensichtlich nur auf die endliche Ausführung der schon im Vertrage vom Juni vorigen Jahres (wegen Cypern) von der Pforte verheißenen Reformen in der asiatischen Türkei; im Grunde zielten sie aber vornehmlich auf eine Wiederänderung des türkischen Ministeriums ab, dessen neueste, allzu russische Färbung der englischen Regierung nicht gefiel. Der Sultan hat nun, diesen Drohungen sich beugend,

Wieder ein Interview.

Ein Reporter des Gaulois, der Emile Olivier in Saint-Tropez (Var) besucht hat, erzählt über seine Unterredung mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Folgendes:

Dr. E. Olivier: Sie wünschen zu wissen, ob ich ins politische Leben zurückzukehren gedenke? Ich weiß es selbst nicht. Ich thue gar nichts zu diesem Ende.

Ich: Aber die Ereignisse... E. Olivier: In der That, ich denke wie Sie, daß die Ereignisse viel vermögen, und ich sehe einer ereignissschweren Zukunft entgegen. Die Republikaner vergeben sich an dem Volke. Nachdem sie ihm das Gelobte Land und die Wähe, wo Milch und Honig fließen, gezeigt haben, finden sie es mit Numea und dem Justizpolizeigerichte ab. Sie wähen, daß das Problem gelöst ist, sobald sie alle Plätze in Beschlag genommen haben. Es ist sehr natürlich, daß das Volk unzufrieden ist, und ich finde es höchst lehrreich, zu erforschen, welchen Vortheil die Revolutionäre aus dieser Unzufriedenheit zu ziehen gedenken.

Ich: Darum also lesen Sie die «Marcellaise», die hier auf dem Tische liegt? E. Olivier: Gewiß, das ist es, was mich an der Lage am meisten interessiert.

Ich: Erlauben Sie mir, Sie nochmals zu fragen, was man von den Zeitungsgerüchten hinsichtlich Ihrer Absichten halten darf? E. Olivier: Ich wiederhole Ihnen, daß ich immer noch nicht weiß, was ich thun werde. Aber ich bin fest überzeugt, daß diese großmüthige und intelligente Nation einstmals bereuen wird, mich so lange von ihren Versammlungen fern gehalten zu haben, und mir die Rednerbühne wiederzugeben wird. Ich kenne keinen andern Ehrgeiz. Inzwischen trachte ich in meiner Einsamkeit danach, mich geistig und körperlich zu stärken, um den Kämpfen gewachsen zu sein, die meiner noch harren können.

Ich: Ich brauche Sie nicht zu fragen, ob Sie mit der Reaction gehen werden. E. Olivier (lächelnd): Ich und ein Reactionär! Nie! nie! Was ich gewesen, verdanke ich dem Volke, das mich zum Vertreter von Paris ernannte. Ich habe das nicht vergessen. Alles, was ich gethan: mein Bund mit dem Kaiser, mein Eintritt ins Ministerium, zielte nur darauf ab, das Los des Volkes zu verbessern zu helfen. Ohne diese Politik hätte es die Freiheit der Coalitionen nicht erlangt und die Republikaner würden sie ihm heute verweigern, wie sie alle socialen Freiheiten verweigern; ich war der Minister nicht des Hofes, sondern des Volkes; kein Arbeiter hat an der Place Vendôme an meine Thür geklopft, ohne daß sie sich sofort vor ihm aufthat. Mögen die Arbeiter heute versuchen, in den Ministerien oder den Palästen, welche die großen Männer des Tages bewohnen, vorzusprechen; sie werden sehen, wie man sie da empfängt.

Das war ein Steinwurf in einen fremden Garten. Ich hätte gern Dr. Olivier über die Herren Gambetta, Ferry, Jules Simon und tutti quanti, die er besser kennt als irgendetwem, sprechen hören, brachte aber nichts aus ihm heraus. Und Dr. Grévy? fragte ich. E. Olivier: Der Charakter des Dr. Grévy hat mir stets eine aufrichtige Achtung eingeflößt. Ich werde immer daran denken, mit welcher freundschaftlicher Courtoisie mich Dr. Grévy während meines Ministeriums betämpfte, während die Andern mich tagtäglich beschimpften.

Ich: Sie haben eben eine Arbeit über Thiers veröffentlicht? E. Olivier: Ich bin dazu gezwungen worden. Ich mußte dem Publicum die Gründe eines Widerstandes darlegen, dessen Tragweite auch von solchen, die mir günstig waren, nicht begriffen wurde. Die Freunde des Dr. Thiers haben mich zum Kampfe herausgefordert, und ich sage die Wahrheit über diese falsche Größe.

Ich: Welche Bewandniß hat es mit Ihrer vorgebliehen Allianz mit den Katholiken? Dr. Olivier zuckte die Achseln. „Diejenigen“, sagte er, „welche sich in dieser Frage zurückschrecken wollen, brauchen

nur in meinem letzten Werke: «Kirche und Staat auf dem Vaticanischen Concilio, das Kapitel über die Altkatholiken zu lesen; dann werden sie nicht mehr im Zweifel sein.“

Wie das Berliner Tageblatt vom 7. Nov. mittheilt, wurden in den letzten Wochen auch in Berlin im städtischen Barackenlazareth, im Knigin-Augusta-Hospital, in der königlichen Universitätsklinik, sowie in verschiedenen andern größeren Krankenanstalten daselbst die sorgfältigsten wissenschaftlichen Untersuchungen über die Heilung der Lungen- und Kehlkopf-tuberkulose durch benzoësaures Natron, genau nach der von Professor Rokitanaky angegebenen Vorschrift, angestellt; allein dieselben haben sämmtlich zu einem mehr oder minder abprechenden, negativen Resultat geführt und nur constatirt, daß die Methode der Inhalation selbst eine für den Patienten recht quälende und anstrengende sei, sobald man wol schon jetzt mit ziemlicher Gewißheit sagen kann, daß die hohen sanguinischen Hoffnungen, die von jener eingingen erwähnten bösen Krankheit geseht wurden, als völlig übertrieben und durchaus eitel hingestellt werden müssen und daß noch immer der medicinischen Wissenschaft die Heilung der Schwindsucht als Aufgabe zur Lösung offen bleibt.

Der Kassauische Bote berichtet aus dem Amt Dabamar vom 3. Nov.: „Die Tothwuth ist nun auch bei dem zehn-jährigen Tochterlein des Kaisers Wilkens in Abtsbach vorgestern ausgebrochen. Es sind neun Menschen, welche der tolle Hund aus Haulbach kurz nacheinander gebissen hat, darunter genanntes Kind, das ins Gesicht gebissen worden ist. Der Fall ist um so schmerzlicher, als man allgemein glaubte, die böse Zeit für das Kind sei vorüber und es würde gerettet werden. Die Wunde war auch gleich durch den Pfarrer Reng mit Salmial tüchtig ausgewaschen und bald darauf durch den Dr. Meyer angelegt worden. Das erkrankte Kind ist heute gegen Mittag unter den entsetzlichen Umständen gestorben; der vierte Fall von Tothwuth.“

Zwar nicht die verlangten Reformen selbst, aber doch erneute Zusagen wegen solcher gegeben, und England hat wenigstens den Zweck erreicht, gezeigt zu haben, daß sein Einfluß in Konstantinopel noch etwas gilt, daß man am Goldenen Horn sich noch vor dem britischen Löwen fürchtet. Daß durch solche Drohungen und Einschüchterungen auch der letzte Schein von Selbstständigkeit der Türkei und Autorität des Sultans verloren geht, damit aber auch alles, was die Türkei noch von Lebensfähigkeit besaß, kümmerlich die Engländer wenig, wie sehr sie auch damals, als von anderer Seite her die „Liquidation der Pforte“ angekündigt ward, mit stiller Entrüstung dagegen declamirten.

Fast zu gleicher Zeit wurden die gesetzgebenden Versammlungen Bulgariens und Ostrumeliens eröffnet. Die erste Thronrede des jungen Beherrschers von Bulgarien, ein lautes, sehr verständlich abgefaßtes Actenstück, stellt eine ziemliche Menge organisatorischer Gesetzesvorlagen in Aussicht. Die Eröffnungssprache des Gouverneurs von Ostrumelien, Aleso-Pascha, wies auf die ungünstige Bilanz der Einnahmen und Ausgaben hin. Leider ist gerade dies etwas, was das neue ostrumelische Staatswesen den westeuropäischen Ländern eher verähnlicht als gegenüberstellt.

Die spanischen Cortes traten am 3. Nov. zusammen. Sie nahmen mit Befriedigung die Ankündigung von der auf den 1. Dec. angeetzten Vermählung des jungen Königs mit der österreichischen Erzherzogin Christine entgegen.

Die vielverhandelte Frage, ob der Großfürst-Thronfolger, der seine Mutter, die Kaiserin, in Cannes besuchte, auf der Rückreise den Weg über Berlin nehmen oder ob er es vermeiden werde, die Residenz des Deutschen Kaisers zu berühren und letztem einen Besuch zu machen, ist, neuesten Nachrichten zufolge, im ersten Sinne entschieden: der Großfürst soll heute in Berlin eintreffen. Es ist darin wol ein Einklinken der russischen Politik gegenüber Deutschland zu erblicken, wofür auch noch andere Zeichen vorliegen. Die ruhige Festigkeit der Politik unserer Reichsregierung hätte also wieder einen Triumph gefeiert, sofern es ihr gelungen, ein gutes Einvernehmen zu Rußland zu erhalten und doch genau die Grenze zu bezeichnen, wo Rußland in der Ausdehnung seiner Machtssphäre nach dem Westen hin stillstehen müsse.

Die russische Expedition gegen die Tele-Turkomanen in Mittelasien scheint für dieses Jahr gescheitert und England somit von der Befürchtung eines unmittelbaren Nahrungskriegs Rußlands an die Grenzen Afghanistan wenigstens für die nächste Zeit befreit zu sein.

Was Afghanistan betrifft, so soll ein Theil des englischen Ministeriums, Graf Beaconsfield an der Spitze, für einfache Annexion, ein anderer Theil dafür gestimmt sein, daß man das Land in ein ähnliches Verhältnis der Abhängigkeit von der Regierung des englischen Indiens versetze, in welchem schon andere angrenzende Länder stehen.

In Preußen und Oesterreich finden lebhaft parlamentarische Verhandlungen statt. In Preußen hat sogleich die erste Berathung des Budgets die Geister verb aufeinanderplayen gemacht. Im österreichischen Reichsrathe und im ungarischen Reichstage steht vor allem die „bosnische Frage“, d. h. die Frage wegen der Verwaltung Bosniens und wegen Herbeibringung dieses Landes in den österreichisch-ungarischen Zollverein auf der Tagesordnung. Der Ausschuß des ungarischen Unterhauses hat sich für letzteres einstimmig erklärt.

In Ungarn haben verschiedene anstößige Vorgänge — Fälle von anscheinendem Mißbrauch hoher amtlicher Stellungen zum Privatvorteil ihrer Inhaber — theils schon ältern Datums, theils neu hinzugekommene, in jüngster Zeit die öffentliche Meinung beschäftigt und erregt. Noch von früher her schwebt die berüchtigte Angelegenheit Jichy-Asboth, welche von neuem in den Vordergrund trat. Graf Jichy hatte Hr. Asboth fordern lassen, dieser hatte sich jedoch zur Annahme der Forderung nur unter der Bedingung bereit erklärt, daß Jichy vorerst von einem Ehrengericht für satisfactionsfähig erklärt würde. In vergangener Woche hat das Duell stattgefunden. Der Jockeyclub, dessen Mitglied Jichy war, hatte mit allen gegen zwei Stimmen den Beschluß gefaßt, einer sofort zu berufenden außerordentlichen Generalversammlung den Antrag auf Ausstoßung des Grafen Jichy aus dem Club vorzulegen. Der Graf ist durch seinen Austritt dem zuvorgekommen. Seitens der Regierung ist gegen den ehemaligen Unterstaatssecretär Jichy entweder keine Untersuchung eingeleitet oder doch nichts über deren Ergebnis bekannt gemacht worden. Eine zweite Scandalgeschichte betrifft den Finanzminister Grafen Szápáry. In voriger Woche brachte das radicale Oppositionsblatt Magyar Drözag einen Artikel, der diesen beschuldigte, sich dadurch bereichert zu haben, daß er große Posten von Grundentlastungsobligationen kurz vor Einbringung eines Gesetzesentwurfes verkauft habe, der auf den Kurs Einfluß üben mußte und dessen Kenntniß Graf Szápáry nur in seiner Eigenschaft als Finanzminister erlangen konnte. Die Linke erhob hierüber eine Anfrage, in deren Beantwortung Graf Szápáry die ge-

gen ihn erhobenen Anschuldigungen zurückwies. Eine Herausforderung des Grafen Szápáry an den Interpellanten, Hr. Pozmány, scheint sich erledigt zu haben durch eine von letzterem abgegebene öffentliche Erklärung, wonach er sich von der Grundlosigkeit der gegen den Grafen erhobenen Beschuldigungen überzeugt hat.

Es steht schlimm um das politische und parlamentarische Leben eines Staates, wenn die Vertrauenswürdigkeit seiner Politiker und Staatsmänner auf die Spitze eines Degens oder die Mündung einer Pistole gestellt ist.

In die Reihe der gegenwärtig tagenden parlamentarischen Versammlungen trat auch der sächsische Landtag ein. Wir haben die Thronrede und die muthmaßlichen Aufgaben des Landtages in einem besondern Artikel besprochen. Unser dort ausgesprochen Wunsch, daß derselbe nicht so lange dauern möge wie seine Vorgänger, findet eine Bekräftigung in dem von den National-Liberalen in der II. Kammer eingebrachten Antrage auf Abkürzung der Budgetdebatte.

Die preussische Generalsynode ward geschlossen. Sie hat nicht alle Befürchtungen, womit man seitens der freieren Richtungen in der protestantischen Kirche dieselbe in Wirksamkeit treten sah, und nicht alle Hoffnungen der extremen Rechten bewahrt, allein sie hat doch gegen den Schluß hin noch einige tiefeingreifende Beschlüsse gefaßt, namentlich den mit Bezug auf den Werner'schen Fall.

In Oberschlesien herrscht schwerer Nothstand infolge der nur mittelmäßigen Ernte, der starken Ausfuhr von Kartoffeln nach England und dazu noch der unzureichenden Lohnverhältnisse. Die preussische Regierung hat bereits ihre Aufmerksamkeit und Sorgfalt dem leidenden Landestheile zugewendet.

Die Peruaner haben in dem Seekriege mit Chile einen harten Schlag erlitten: eins ihrer größten Kriegsschiffe, der Huascar, ist von einer feindlichen Uebermacht angegriffen und nach tapferer Gegenwehr genommen worden.

Die Budgetverhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus.

* Berlin, 8. Nov. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ward die erste Berathung des Etats fortgesetzt.

Minister für öffentliche Arbeiten Maybach: Angesichts der größern und noch bevorstehenden Debatten beschränke ich mich heute auf einige Gegenbemerkungen zu einer Anzahl von Punkten aus der gestrigen Debatte. Vorab berähre ich die Ausgabe an Miethe für Locale des Ministeriums für Handel und Gewerbe. Die Bedürfnisfrage wird ja in der Commission ihre Besprechung finden. Was aber speciell die Ausgabe von 10000 M. für Bureau-localitäten angeht, so hat einfach ein Tausch von Localen zwischen der preussischen Staats- und der deutschen Reichsverwaltung, speciell mit den Localitäten des aufgelösten Reichsanwalteramtes für Elsaß-Lothringen stattgefunden, den wir im Etat dadurch justificirt haben, daß wir den 10000 M. Ausgabe eine Einnahme von 8000 M., die das Reich für Localitäten des preussischen Staatsministeriums zu zahlen hat, gegenüberstellen.

Es ist dann über die Speculationen der Börse im Anschluß an die Verstaatlichung der Eisenbahnen Klage geführt worden. Wenn jemand, so beklage ich es, daß solche Speculationen vorkommen, es gibt aber keine Möglichkeit, sie zu verhindern. Die Speculation ist seinnünftig; sie wußte, worauf ich mein Augenmerk richten mußte, und sie hat ihr Augenmerk auf dieselben Punkte gerichtet, allerdings noch etwas weiter, und das vielleicht zu ihrem, nicht zu des Staates Schaden. Denn der Effect, der den Actionären den Einkauf ihrer Actien gegen sichere Wertpapiere erwünscht macht, liegt in der Sicherheit der Rente und dem Besitz eines Papiers, welches einen viel größeren Markt als alle Actien hat. Die Actionäre wollen, wie ein bekannter Finanzmann sagt, lieber ruhig schlafen als gut essen. Daß die Regierung der Speculation fern steht, sie absolut verwirrt, daß ihr dieselbe im höchsten Grade widerlich ist, die Versicherung brauche ich Ihnen wol nicht erst abzugeben. Die Frage der Rentabilität hat das hohe Haus jahraus jahrein beschäftigt. Ich setze schon im vorigen Winter ziemlich ausführlich auseinander, daß diese Frage bei den Staatsbahnen nicht in der Weise aufgeworfen werden kann wie bei den Privatbahnen. An sich möchte man ja eine solche Betrachtung ertragen, denn unsere Einnahmen belaufen sich auf 171 Mill. M., die Ausgaben auf gegen 108 Mill. M., es ergibt sich daher ein Ueberschuß von 63,125000 M. Ziehen Sie hiervon ab die Pensionen der Eisenbahnbeamten, so verbleibt ein Ueberschuß von 62,314000 M. Die Zinsen der gesammten Staatsschuld belaufen sich nach dem Budget auf 59,798000 M., der Ueberschuß der Eisenbahnen ist also größer als die gesammte Zinslast. Man hat dann gestern behauptet, die Eisenbahnen rentirten sich nur mit 3 1/2 Proc. Diese Zahl ist dadurch gewonnen worden, daß man einfach das buchmäßige Kapital unter Einrechnung der Bauzinsen, circa 1610 Mill. M., zu Grunde legt. Davon bitte ich Sie abzuziehen 12,585000 M., welche nicht für Eisenbahnen, sondern für Stromregulirungen gelegentlich des Baues von Eisenbahnen ausgegeben sind, ferner eine Summe von 107,895000 M. als Beträge der Amortisation, ferner eine Summe von 102,627009 M., die wir für Meliorationen verwendet haben, die man sonst aus Anleihen zu bestreiten pflegt, und endlich eine Summe von 255,480000 M. für Meliorations- und Militäreisenbahnen, bei denen die Regierung von vornherein erklärt hat, daß auf eine Rentabilität in absehbarer Zeit nicht zu rechnen sei, daß wir aber das Geld, welches wir den steigenden Waffen unsers Volkes verdanken, zu solchen Zwecken ver-

wenden wollten. Diese Summen, zusammen 478 Mill. M., abgezogen, bleiben 1132 Mill. M., der Ueberschuß von 69 Mill. M. verzinst dieses Kapital mit 5 1/2 Proc.; 829,419000 M. beträgt, so berechnet sich nahezu ein Zinsfuß von 7 1/2 Proc. (Hört, hört! Heiterkeit links.) Die Idee der Privatbahnen ist importirt aus England, paßt aber für Preußen nicht.

Man spricht so viel von den schlechten Erträgen der neuern Staatsbahnen, aber ich kann nicht annehmen, daß diese Bahnen etwa nach der bekannten Buchermethode hergestellt werden sollten; dazu würde niemand an meiner Stelle die Hand bieten. Wir haben Rationalungslad genug gehabt durch die Grünberzeit, wir können, wenn man den Kurs des vorigen Monats zu Grunde legt, über 250 Mill. M. einfach in den Schornstein schreiben! Auf die Rente allein kommt es aber nicht an, die Staatsregierung sieht die Eisenbahnen nicht an als eine Erwerbsanstalt, wie etwa eine Cigarrenfabrik oder eine Actienbrauerei, sondern als Anstalten zum Wohle des Landes. Wir sehen in der Privatbahn nur eine vorübergehende Institution, die zur rechten Zeit beseitigt sein muß. Will man uns vorwerfen, wir verwalteten schlecht? (Abg. Richter: O nein!) Ich glaube, wir leisten das Mögliche! Die schlechten Zeiten werden Sie uns doch nicht vorrücken wollen. Die fernere Bemerkung, daß der Staatshaushalt durch den großen Staatsbetrieb ins Schwanken gerathe, hat einige Berichtigung, z. B. bei der Bergwerksverwaltung. Der Etat schließt hier diesmal mit einem Nettoertrage von 9 Mill. M. ab, 1873 war er auf 21 angelegt, ergab aber 57, im Jahre 1872 statt 16 Mill. M. 35 Mill. M. Solcher Verhältnisse ist man nicht Herr. Bei den Staatsbahnen dagegen kann man den Apparat so elastisch gestalten, daß man bei zurückgehenden Einnahmen auch mit den Ausgaben entsprechend zurückgeht. Diesem Umstande allein verdanken wir einen leidlich günstigen Abschluß für dieses Jahr. (Beifall rechts.) Man darf die begründete Hoffnung hegen, daß der Staatsbetrieb, wie die Ausweise der Ostbahnverwaltung ergeben, sich sehr bald bessern wird.

In Bezug auf die Tarifpolitik bekenne ich ganz offen, daß die Eisenbahnen und die Tarife zum Nutzen des Volkes da sind. Ich kann es nicht billigen, daß auswärtige Producte bevorzugt werden gegen das Inland, und daß Tarifveränderungen vorgenommen werden, die in einem Gebiete günstig wirken, aber auf andern viel wichtigeren Gebieten viel Schaden bereiten. Der Eisenbahnminister ist befugt, einzelnen Tarifveränderungen die Genehmigung zu verweigern, er kann sie aber den Bahnen nicht dictiren. Bezüglich der Kündigung der Auslandsstarife wird Ihnen noch eine Denkschrift vorgelegt werden. Ich habe in der Uebersetzung, daß eine Bevorzugung des Auslandes nicht länger zu dulden sei, die Tarife zum 1. Jan. gekündigt im Einklang mit der Zollpolitik des Reiches. (Beifall rechts.) Es handelt sich darum, die Bahnen aus dem Dienste der Speculation wieder zurückzuführen in den Dienst des Landes, und ich müßte mich schlecht auf die Stimme des Landes verstehen, wenn die Frage des Erwerbes der Privatbahnen mir nicht mit einem vernünftigen und deutlichen Ja beantwortet ist. Ich hoffe, Sie werden es auch thun! (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. v. Heyden: Der Abg. Richter hat wieder einmal gezeigt, daß ich seine Partei in arger Selbsttäuschung befindet. Die Conservativen sind darum so zahlreich hier, weil es das Volk hat, sich von Theoretikern gesetzlich behandeln zu lassen, es fürchtet sich vor einer gesetzlichen Diversion. (Heiterkeit.) Was den Etat anlangt, so macht er ja auf niemand einen angenehmen Eindruck. Ein Deficit ist da. Die Ursachen liegen darin, daß man in allen Ressorts zu viel gebaut hat, daß man sich zu lange der Erkenntniß verschloß, daß das Deficit eintreten müsse. Es ist darum gut, daß jetzt größere Sparsamkeit eintritt, und ich freue mich, daß eine Wörsensteuer kommt, möchte aber bei dieser Gelegenheit auf die Möglichkeit einer Nutungssteuer hinweisen. Was das Extraordinarium anlangt, so glaube ich, daß man sich geirrt hat, wenn man annahm, die Justizverwaltung werde durch die Reorganisation billiger werden. Im Gegentheil wird bald eine Nachforderung für dieses Ressort erfolgen, wofür wir dem Cultusminister ein Plaus hätten bewilligen können. Durch die Finanzreform im Reich sind gewiß vorübergehend manche Schmerzen bereitet worden. Ich stimme den gestrigen Rednern bei, daß es bequemer wäre, wenn der Reichstag vor dem Landtage zusammenträte, dann würde der Landestat leichter zu übersehen sein. Indessen muß man sich über die neue Zoll- und Steuerpolitik freuen. Die Lage der Landwirtschaft ist im ganzen eintröstliche, und es kann zur Hebung der Landwirtschaft und der mit ihr zusammenhängenden Gewerbe gar nicht genug geschehen. Die Schwierigkeit der Ueberwindung der Grund- und Gebäudesteuer an die Communalverbände verkenne ich nicht, aber der Versuch muß wenigstens gemacht werden, wenn die Steuer auch nicht den kleinsten localen Verbänden zu überlassen ist, was im Effect einem Steuererlaß gleichkäme. Das Princip des Sparsens muß wieder zur Geltung kommen, nicht nur im Lande, sondern im Reich. Auch die Postpläne sind ein Luxus. (Heiterkeit und Beifall rechts.)

Abg. Frhr. v. Hoisingen genannt Hüne (Centrum): Der vorjährige Generalbericht der Budgetcommission erscheint mir wie die Concursanmeldung des liberalen Systems. Gerade durch das liberale System ist man in Stadt und Land so sehr an das Bewilligen gewöhnt worden, daß man schließlich die Höhe der Steuern gar nicht mehr ertragen konnte. Es sei hohe Zeit, daß man zum Sparsamkeitsprincip zurückkehre. Besonders im Bauetat sei in allen Ressorts schwer gekündigt worden, was Redner durch Aufzählung verschiedener Neubauten darzulegen sucht. Er selbst habe sich, solange er Mitglied des Hauses sei, immer erfolglos gegen die Bewilligung der luxuriösen Bauten gewehrt. Auch an dem vorliegenden Etat werde noch manches zu streichen sein, zumal er recht bedeutende Rückgänge in den Einnahmen aufweise. Wenn sich Hr. Minister Maybach der Sparsamkeit rühme, so sei wenigstens in seinem Etat davon wenig zu bemerken gewesen. Gegen das Princip des Sparsens über die Verwendung der vom Reich an Preußen gewiesenen Summe habe er im ganzen nichts einzuwenden und hoffe, daß man in der Commission sicher zu einer Verständigung gelangen werde. Mit der Wörsensteuer sei er im Princip ebenfalls einverstanden. Das Zusammenkommen der Eisenbahnvorlagen sei für das ganze Budget

materiell von dem, daß mit dem Reichthum der Welt sich vermehrt, aber die Gerechtigkeit der Welt nicht vermehrt wird. (Abg. D.) Der letzte ordinarius die Liberalen gegenüber so lange ich stehe anfangs lieber des von Seiten des belämpft worden in dem Ex-niemals von sind. Der G in den schwung des D die Folge von die Verantwort daß die liber Lehrer zu ziehung noch Hoffnungen ert sind. E geküßter ist i Vereinfachun der Spitze ein in den Bureau tritt, sofort nachher, wer für die Nor eingestell und nicht. Hier die Sie ja i werde ich mi erreichen kö abgesehen ma der vergange werde ich an gehende Antr rufend die k allerdinge ganz in Ue Februar, w mit der Reg darüber ver Abg. D Er hätte Verhältniss ernähnte, do hätte. Man Zühtigkeit be sie werde de vertweckelt h Sollte aber sük geltender möglicherweise vationen näher altpreussische samkeit übrig Erwerb groß minister nicht und mehr h uechsidebenen dies constitut in großem U neuen Elemen wird, ist die bahnen. Die vorausgab u Amortisation servativen Ge wies Campba gegangen ein der liberalen auch mit Her hier abgege Die Herrc rale Partei f antwortlich g sachen. Alle nur zu Stan noch länger Die Kircheng Rabical!) — hätte ganz e Kirchengesetz die Verwenb tiftung der Versicherung willigen, hat doch auf der wird wahrsch Ja!), vielkei manchem un scheint nur g anzen ein s Zeiten des U gebung nicht damals; für haufen Geld, Gebiet der P besser werden des allmächtig Einseitig ist. Finanzm Der Hr. für werth ge Steuern einer ich wol getrot links.) Er h Periode aus für die Berg anlassung; di nicht liberale Interesse des

Hauptfächlichster Grund dafür wird angegeben, daß Fürst Hohenlohe auf dem pariser Botschafterposten vermalen nicht zu ersetzen sei. Er hat sich bei der französischen Regierung und der pariser Gesellschaft unter schwierigen Umständen eine verhältnißmäßig gute Stellung gemacht und genießt das besondere Vertrauen des Reichskanzlers an einem Ort, wo dieser so viele unangenehme Erfahrungen gemacht hat. Fürst Bismarck will erst nach Beendigung seines Urlaubs, der sich wol noch ziemlich weit in das nächste Jahr hinein erstrecken wird, die Sache wieder vornehmen. Uebrigens ist Graf Stolberg, wenn er seine Stelle als Vizekanzler niederlegen sollte, nicht geeignet, aufs neue einen Botschafterposten anzunehmen. Im Auswärtigen Amt dauert also das Provisorium fort und wird geleitet durch die Herren Graf Stolberg, v. Philipsborn, v. Radowicz und Bucher.

Man schreibt der National-Zeitung: „Der Gesetzentwurf über die Verlängerung der Etatsperioden von einem Jahre auf zwei, welcher dem Bundesrathe gegen Schluß der Session zugegangen, wurde damals dem Verfassungsausschusse überwiesen. Dieser letztere ist nun an die ihm gestellte Aufgabe herangetreten, um zunächst sich über Abänderung, beziehungsweise Aufhebung der in Betracht kommenden Artikel der Reichsverfassung schlüssig zu machen. Es sind dies die Art. 13, welcher die alljährliche Berufung des Bundesrathes und des Reichstages vorschreibt, Art. 24, worin die Legislaturperiode des Reichstages auf drei Jahre festgesetzt wird, Art. 69, welcher bestimmt, daß der Reichshaushaltetat in jedem Jahre vorgelegt werden muß, und Art. 72, welcher lautet: „Ueber die Verwendung aller Einnahmen des Reiches ist durch den Reichskanzler dem Bundesrathe und dem Reichstage zur Entlastung jährlich Rechnung zu legen.“ In allen diesen Punkten wird es also umfassender Änderungen bedürfen. Im Bundesrathe wird man schwerlich dem Entwurfe irgendwelche Schwierigkeiten bereiten, die Einzelstaaten haben sich bereits damit einverstanden erklärt. Es ist damit also anzunehmen, daß die betreffende Vorlage dem Reichstage bald nach seiner Berufung wird zugehen können. Beabsichtigt ist, daß die Vorlage erst nach Ablauf der jetzigen Legislaturperiode in Kraft treten soll; später wird zweifellos der Versuch gemacht werden, ähnliche Bestimmungen in Preußen einzuführen.“

Wie die Boffische Zeitung hört, haben die Bundesrathsausschüsse für Verfassung und Rechnungswesen in ihrer letzten Sitzung die Vorlage, betreffend die Einführung zweijähriger Etats und vierjähriger Legislaturperioden im Reiche angenommen.

„Es ist bemerkenswerth“, sagt die Tribüne, „daß die Anmeldungen auf die 30 Mill. 4proc. Deutsche Reichsanleihe am ersten Subscriptionstage (Donnerstag) sich auf nicht weniger als 60 Mill. M. belaufen haben. Man darf erwarten, daß durch die noch eingehenden Subscriptionen diese Summe voll oder nahezu verdoppelt werden wird, sodaß also eine sehr beträchtliche Reduction der Zeichnungen nöthig werden wird.“

Zur Hebung des Großen Kurfürsten wird aus Hollestone gemeldet, daß die Kessel des Dampfers Sberbro, dessen Maschinen die zur Füllung des Großen Kurfürsten benutzten Luftpumpen bedienen, Beschädigungen erlitten haben, welche die Bugströmung des Dampfers nach Dover nöthig machten. Falls eine Reparatur der Kessel nicht angänglich ist, wird der Hebungversuch wahrscheinlich eine vierzehntägige Unterbrechung erleiden.

Preußen. Ueber die Wahlmännerversammlung der National-Liberalen zu Breslau, bei der es sich um die Candidatur Laster's handelte, lesen wir folgendes Nähere in der Schlesischen Zeitung:

Die Versammlung der Wahlmänner der national-liberalen Partei wurde von dem stellvertretenden Vorsitzenden des Wahlvereins, Dr. Leon geleitet, der nach kurzen einleitenden Bemerkungen das Wort an Professor Dr. Röpell zur Berichterstattung über die Aufstellung einer Candidatur für die bevorstehende Erziehung überließ. Professor Dr. Röpell theilte zunächst mit, daß der Vorstand des Vereins die Candidatur Dr. Laster's einstimmig beschlossen und diesen Beschluß alsdann den vor der Wahlmännerversammlung niedergesetzten Fünfziger-Comité empfohlen habe. Das Resultat einer längeren Berathung in diesem Ausschusse sei gewesen, daß von 50 Anwesenden einige 30 für Dr. Laster, die übrigen gegen denselben stimmten. Der Vorstand sei demgemäß bevollmächtigt worden, der allgemeinen Wahlmännerversammlung der Partei gleichfalls die Candidatur Laster's vorzuschlagen. Diese Wahlmännerversammlung sei natürlich in ihrer Entscheidung durch nichts gebunden und vollständig souverän, sie habe aber das Recht, zu fordern, daß der Vorstand die Motive ihr mittheile, welche ihn bestimmt haben, diesen Vorschlag zu machen. Dr. Laster sei, fährt Professor Dr. Röpell fort, nicht nur einer der ersten Begründer der national-liberalen Partei, sondern auch, solange er dem Landtage angehört, „eine Zierde“ desselben, „eine eminente Kraft“, die nicht bloß von der national-liberalen Partei im Abgeordnetenhaus, sondern auch von dem ganzen Lande in demselben werde vermisst werden. Er verbinde eine seltene Arbeitskraft mit seltener Begabung und sei ein durchaus lauterer, reiner Charakter, von patriotischem Geiste besetzt. In allen wichtigen Fragen, welche die Gesetzgebung in den letzten Jahren zu lösen gehabt, habe die national-liberale Partei fast immer gegen die Fortschrittspartei ge-

stimmt, und zwar, wenn auch nicht unter der Führung Laster's, so doch unter seiner entschiedensten Mitwirkung. Kein Mitglied der national-liberalen Partei im Abgeordnetenhaus sei so entschieden und scharf den nach der Meinung der Partei unberechtigten Forderungen der Fortschrittspartei entgegengetreten als gerade Dr. Laster. Daß die Wahl Dr. Laster's hier in Breslau eine schwierige sein werde, dessen sei sich der Vorstand sehr wohl bewußt, aber sie sei möglich, wenn die national-liberale Partei einig sei. Eine Niederlage Laster's bedeute eine Niederlage der Partei, und zwar eine Niederlage unmittelbar nach einem errungenen Siege. Schließlich will Professor Dr. Röpell nicht Anstand nehmen, auch auf einen Punkt zu sprechen zu kommen, der allerdings bezüglich der Wahl Laster's auf aller Lippen schwebt. Es sei dies, daß Laster ein Jude sei. Die liberale Partei sei von Anfang an für Gleichberechtigung unserer jüdischen Mitbürger, welche die gleichen Lasten mit uns tragen, eingetreten, und wer jetzt in die Debatte gegen die Juden mit einstimmiger, fehle gegen einen der obersten Grundsätze liberalen Geistes. Eine Partei, welche ihren eigenen ersten Führer aufgeben, vernichte sich selbst. Nachdem mehrere Redner für und gegen Laster gesprochen, wurde die Discussion geschlossen und zur Abstimmung geschritten. Wie bereits mitgeteilt, stimmten 53 Anwesende für, 64 gegen die Candidatur Laster's. Der Vorsitzende glaubt, daß es unter diesen Umständen am besten sei, das Fünfziger-Comité zu berufen und weitere Vorschläge von demselben entgegenzunehmen. Es wird jedoch beschlossen, sofort über einen anderweitigen Candidaten zu berathen. Aus der Mitte der Versammlung wird die Candidatur Severin's empfohlen und nach kurzer Erörterung mit großer Mehrheit angenommen. Apotheker Hauke würde es gern gesehen haben, wenn Laster gewählt worden wäre, kann aber seine Candidatur nicht befürworten, da eine sehr große Zahl von Wahlmännern sich gegen dieselbe erklärt. Redner tadelt, daß man confessionelle Bedenken gegen Laster geltend mache. Aber diese Bedenken seien es nicht allein, man mache Laster noch andere Vorwürfe. Er habe in hervorragender Weise an einer Gesetzgebung Theil, die jetzt in vielfacher Beziehung als unheilvoll erklart und bezeichnet werde. Durch den Namen Laster's werde die national-liberale Partei in Breslau nicht gestärkt, sondern geschwächt, ja gespalten. Jeweiler Marxfeld würde die Wahl Laster's für eine Ehre für Breslau halten, aber sie sei einfach unmöglich. In confessioneller Beziehung hat Redner nichts gegen Laster einzuwenden, ihm widerspreche dessen politische Richtung. Das ganze Land habe Laster fallen lassen (Widerspruch), mit dessen Wahl sich die hiesige Partei, nachdem sie für Hobercht gestimmt, ins Gesicht schlage. Professor Dr. Röbiger meint, wenn die Partei als entschieden national-liberal ihre Stimme abgebe, dann müsse man an Laster festhalten. Man müsse bei dieser Wahl von allen localen Antipathien absehen, es komme allein darauf an, im Interesse der großen deutschen national-liberalen Partei zu wählen. Ein Falllassen Laster's würde ein Schlag ins Gesicht des Liberalismus sein. Man mache sehr mit Unrecht Laster für die neuere Gesetzgebung und deren etwaige Schäden verantwortlich. Er habe diese Gesetze doch nicht allein gemacht und sicher nicht so wenig praktisches Verständnis, daß er einer Verbesserung derselben sich widersetzen werde. Kaufmann Storch bemerkt, was gegen Laster geltend gemacht werde, sei un schwer zu widerlegen. In Frankfurt a. M. sei er den Fortschrittlern und Socialdemokraten gegenüber unterlegen und hier in Breslau solle es die national-liberale Partei nicht wagen dürfen, ihn aufzustellen? Der Vorstand habe durch die Aufstellung Laster's nur seine Pflicht gethan, indem er einen Mann vorschlug, der in allen seinen Fasern der Partei angehöre. Erkläre dieselbe sich gegen ihn, so bedeute dies ihren Niedergang, denn eine Partei, die ihren Führer und Begründer aufgibt, gebe sich selbst auf. Commerzienrath Molinari wird durch den Vorgang in der Partei an das alte Griechenland erinnert, wo es auch Sitte war, Männer, die sich wiederholt um das Vaterland verdient gemacht, mit Libanum zu belohnen. Redner kann es begreifen, daß die conservative Partei eine recht große Zionspflanze gegen Laster habe, der ihr ungenügender sei, als ein Fortschrittmann, wie aber eine national-liberale Wahlmännerchaft einen solchen Mann ihrer Partei zurückweisen könne, das begreife er nicht. Professor Dr. Röpell: Es stelle sich ganz deutlich heraus, daß, wie im Reichs- und Landtage, so auch hier ein rechter und ein linker Flügel der national-liberalen Partei existire. Bis jetzt habe sich weder die Partei im Lande noch die im Parlament an diesem Unterschied gelehrt. Soviel auch versucht worden sei, diese Divergenz der Anschauungen zu einem offenen Bruche zu treiben, Laster von demnigen zu trennen, so sei dies bisher nicht gelungen. Man werde in Breslau nicht zuerst das Beispiel geben wollen, daß sich ein rechter Flügel von einem linken absondere und die Partei zerreiße. Hiermit wird die Discussion geschlossen und zur Abstimmung geschritten. Es wird hierauf, wie schon oben berichtet, die Candidatur Severin's empfohlen und nach kurzer Discussion mit großer Majorität angenommen.

Die National-liberale Correspondenz stellt folgende Vergleichung an zwischen dem sächsischen und dem preussischen Staatshaushaltsetat, die uns sehr richtig scheint und die auch wir machen wollten. Sie bemerkt: „In dem dem Landtage zu Dresden vorliegenden sächsischen Etat ist aus den Ueberschüssen des Reiches von Zöllen und Tabaksteuer für Sachsen ein Antheil herausgerechnet, der ungefähr den Matricularbeiträgen dieses Landes gleichkommt, nämlich 4,6 Mill. M. Diese Rechnung steht in einem auffallenden Widerspruch mit den entsprechenden Ansätzen in andern Budgets, namentlich dem preussischen und bairischen. Im preussischen Etat ist der Antheil am Ertrage der Zölle und der Tabaksteuer bekanntlich auf 23,6 Mill. M. berechnet, gegenüber einem Matricularbeitrag von 43,6 Mill. M.; im bairischen Etat ist das Verhältniß noch ungünstiger. Es zeigt sich hierin aufs klarste, daß die Finanzminister der größeren Bundesstaaten bei Aufstellung ihrer Etats von Schätzungen der Rezh-einnahmen des Reiches ausgegangen sind, die um viele Millionen variren. Die Schätzung des preussischen Antheils an Reichsmitteln ist nach Angabe des Etats

nach einem bereits feststehenden Voranschlage des nächstjährigen Reichsetats aufgestellt; es ist daher unerklärlich, wie die Finanzminister der Bundesstaaten zu Berechnungen kommen können, die so stark voneinander abweichen; daß der sächsische Etat durch die Reichseinnahmen ein vollständiges Verschwinden der Matricularbeiträge, der preussische eine Verabminderung derselben nur ungefähr zur Hälfte herausrechnet. Es ist kaum zu bezweifeln, daß die Rückwirkung der Reichsteuerreform auf die Landesbudgets im preussischen Etat viel zu gering veranschlagt ist, und es liegt hier ein Punkt vor, der bringend der Aufklärung bedarf; es wird Sache der Budgetcommission sein, sich diese Aufklärung zu verschaffen. Der nahe liegende und sehr gerechtfertigte Wunsch, den Reichsetat vor den Landesets festzustellen und auf diese Weise den Landtagen zu ermöglichen, mit ganz bestimmten feststehenden Zahlen anstatt mit uncontrolirbaren Schätzungen zu rechnen, wird ja leider in nächster Zeit schwerlich in Erfüllung gehen. Um so unerklärlicher aber ist es, wenigstens diejenigen Aufklärungen über die Berechnung der finanziellen Berechnung der Reichsteuerreform auf den Staatshaushalt der Einzelstaaten zu geben, die vor definitiver Feststellung des Reichsetats gegeben werden können!“

Die „Post“ bringt folgende anscheinend officiöse Notiz: „In einzelnen Provinzialblättern wird neuerdings der Rücktritt des Hrn. Kultusministers v. Puttkamer in sichere Aussicht gestellt. Die wienener Politische Correspondenz, deren berliner Mitarbeiter als officiös angesehen wird, hat schon die Verhältnisse richtig gestellt, indem sie die unterdessen auch von anderer Seite bestätigte Mittheilung macht, daß die Differenz, welche den Rücktritt des Herrn Kultusministers hätte veranlassen können, schon am Tage der Landtagseröffnung ihre völlige Beilegung erfahren hat. In dieser ganzen Angelegenheit ist, wie wir glauben, der vielbekanntere Zwischenfall in Essen mit der von Hrn. v. Puttkamer in den kirchlichen und Schulanlagen eingeschlagenen Richtung in einer der Sachlage nicht entsprechenden Weise vermengt worden. Wenn irgendetwas dazu beitragen konnte, der von dem Herrn Minister beobachteten Haltung Anerkennung zu schaffen, so ist es der Tadel, dem derselbe bei den Extremen beider Seiten, sowol bei den fortschrittlichen Zeitungen, denen sich auch die National-Zeitung in einigen sehr heftigen Ausfällen anschloß, wie bei den äußersten rechten Flügel der hochconservativen Partei begegnet.“

Wie aus einer Correspondenz der „Post“ aus Neustadt in Schlesten hervorgeht, hat der Kultusminister v. Puttkamer die von dem Magistrat Neustadts vorgenommene Wahl eines Lehrers für das dortige Gymnasium die Bestätigung versagt, weil das Gymnasium als ein katholisches anzusehen sei und folglich auch der Lehrer ein Katholik sein müsse. Die ministerielle Verfügung beruht sich dabei auf die Geschichte des Gymnasiums, welches auch seitens der städtischen Behörden Neustadts jederzeit als ein katholisches anerkannt worden sei. Es ist aber doch etwas Eigenthümliches, daß einer höhern Schule, die nicht von einer bestimmten Kirchengenossenschaft, sondern von einer politischen Gemeinde unterhalten wird, ein confessioneller Charakter gewahrt werden soll.

Die streng orthodoxe Allgemeine Evangelisch-Lutherische Kirchen-Zeitung schreibt mit Bezug auf das Untergekommen, dessen sich die Bestrebungen der vereinigten orthodoxen Parteien der Generalsynode seitens des jetzigen Herrn Kultusministers zu erfreuen hatten, wörtlich: „Was die evangelische Kirche an Wohlthun erfahren, kommt dem Kultusminister gewiß von Herzen; im letzten Grunde ist es indessen nur der persönliche Wille des Kaisers, dem wir zu Danke verpflichtet sind. Wer aber will dafür bürgen, daß dieser Wille, so wie wir ihn jetzt kennen, über das Grab hinaus seine Geltung behält? Die Aera der Zukunft wird, wenn nicht alles trägt, gerade in kirchlicher Hinsicht am wenigsten eine Fortsetzung der Gegenwart heißen dürfen.“ Die Findeutung auf den Kronprinzen ist nicht misszuverstehen; ob dieselbe taktvoll ist, lassen wir dahingestellt.

Die Schlesische Zeitung macht mit Recht die Neuconservativen dafür verantwortlich, daß der von so vielen und namentlich auch liberalen Seiten aus mit Freuden begrüßte Gedanke der Schaffung einer conservativ-liberalen Mittelpartei sich in sein Gegentheil, eine immer schroffere Abwendung der Conservativen von den Liberalen und somit die Zuspitzung immer schärferer Gegensätze, zu verwandeln drohe.

Die national-liberale Fraction zählt jetzt 103 eingeschriebene Mitglieder.

Aus Berlin berichtet die „Post“: „Durch die Wahrnehmung, daß in einzelnen Schulen ohne genügenden Grund zu Züchtigungen geschritten wird und durch einzelne Fälle, in denen Mangel an Umsicht und Ruhe zu betrübenden Folgen geführt hat, sah sich die städtische Schuldeputation bewogen, unterm 4. Nov. die Rectoren der Gemeindefchulen zu ersuchen,

wachfolgend die Hauptlehrer und Lehrerinnen in die Schulen zu schicken, um die Schulen zu besuchen und die Lehrerinnen zu befragen, ob sie die Schulen in Ordnung halten und die Lehrerinnen zu befragen, ob sie die Schulen in Ordnung halten und die Lehrerinnen zu befragen, ob sie die Schulen in Ordnung halten

Das vorstehende über, welche

Aus Correspondenz italienische prinzenpolsolge des einen Aufsch an einem hat zwar d aber dem e Schöpfung v verschlechten

* Paris Waddington auswärtige wissen, daß österreichisch reich gericht lage ihm v gend und v unfer Minist mit Hrn. v.

Der Gblätter beh nicht, wie n türlichen La sondern dur Leben ein Andrieux un der Leiche h nachdem sie gekommen, National er Luft gegriffe

Präsident der Ehrenl neßirten r der Ehrenleg munards die G Die G Bischof Fr ist fallen ge In den

tigt man ei licher Präti in Frankreich zusammentrit nehmen nach trag zu unte über welche C beiden stattg Dagegen sol seinen Einflu hinzuwirken.

Gestern v ministers Zer pariser Unive Straßburg u weil die noth den mußten. Krage. Unt höchsten Spig fessoren. Fre tisches Wert“ die Hauptroll Ferry, der m rathet ist. G Gebäude über

nachfolgende Bestimmung (§. 14 der Instruction für die Hauptlehrer) in der nächsten Conferenz der Lehrer und Lehrerinnen zu verlesen: „Körperliche Züchtigungen dürfen in Mädchenschulen nie und in Knabenschulen nur mit Zustimmung und in Gegenwart des Hauptlehrers vollzogen werden. Nur besondere Noth oder Widersehtlichkeit eines Schülers berechtigen einen Lehrer zum sofortigen Vollzuge einer Züchtigung; von derselben ist dem Hauptlehrer sofort nach Schluß der Section Kenntniß zu geben.“

Hessen. Dem Frankfurter Journal geht aus Darmstadt vom 6. Nov. nachstehendes Privattelegramm zu: „Zuverlässigen Informationen zufolge ist eine Verlobung des Großherzogs von Hessen mit der Tochter des verstorbenen Königs von Hannover seit einigen Tagen im Princip beschlossen, wenn auch noch nicht officiell. Nachdem die Hand der jüngsten englischen Prinzessin (Beatrice) wegen des Widerspruchs des Parlaments nicht zu erreichen gewesen, war es der Wunsch der Königin Victoria, daß der Großherzog sich mit der hannoverschen Prinzessin verlobe.“ Der ehemalige König von Hannover hat zwei Töchter hinterlassen: Prinzessin Friederike, geboren am 9. Jan. 1848, und die Prinzessin Marie, geboren am 3. Dec. 1849. Das vorstehende Telegramm läßt in Ungewißheit darüber, welche der beiden Prinzessinnen gemeint ist.

Italien.

Aus Rom vom 3. Nov. wird der Politischen Correspondenz geschrieben: „Der Besuch, welchen die italienischen Majestäten dem deutschen Kronprinzenpaar in Pegli zu machen beabsichtigten, hat infolge des letzten Unwohlseins des Königs Humbert einen Aufschub erleiden müssen. Der König, welcher an einem rheumatisch-gastrischen Fieber erkrankt war, hat zwar das Bett bereits verlassen dürfen, muß sich aber dem ersten Rathe der Aerzte zufolge die größte Schonung auferlegen, um eine Wiederkehr des kaum verwichenen Fiebers zu vermeiden.“

Frankreich.

* Paris, 8. Nov. Die France berichtet: „Fr. Waddington hat heute früh den Ministerrath von der auswärtigen Lage unterhalten. Wir glauben zu wissen, daß er die Ueberzeugung ausgesprochen hat, die österreichisch-deutsche Allianz sei keineswegs gegen Frankreich gerichtet. Er hätte hinzugefügt, daß diese Sachlage ihm volle Handlungsfreiheit lasse, um beschleunigend und vermittelnd zu interveniren. So will also unser Minister des Aeußern den Fürsten Gortschakow mit Frn. v. Bismarck zu versöhnen suchen?“

Der Gaulois und mehrere andere conservative Blätter behaupten, daß der Senator Valentin nicht, wie man ursprünglich gemeldet hatte, eines natürlichen Todes, nämlich am Schlagfluß, gestorben ist, sondern durch zwei Revolvergeschosse in das Herz seinem Leben ein Ende gemacht hat. Der Polizeipräsident Aubrieux und der Justizminister Leroyer, welche zu der Leiche herbeigerufen worden wären und einen von Valentin hinterlassenen Brief vorgefunden hätten, seien, nachdem sie in denselben Einsicht genommen, übereingekommen, den Selbstmord geheimzuhaltten. Der National erklärt diese ganze Geschichte für aus der Luft gegriffen.

Präsident Grévy hat dem Gutachten des Rathes der Ehrenlegion gemäß entschieden, daß die Amnestirten nicht ohne weiteres wieder in die Listen der Ehrenlegion, aus denen sie als verurtheilte Communarbeiter gestrichen wurden, zu reintegriren seien.

Die Einleitung gerichtlicher Schritte gegen den Bischof Freppel wegen der Rede über Lamoricière ist fallen gelassen worden. In den Kreisen der Union Republicaine beabsichtigt man einen Antrag auf Ausweisung sämtlicher Prätendenten und der Mitglieder ehemals in Frankreich regierender Familien bei dem Wiedereintritt der Kammern einzubringen. Dem Vernehmen nach soll Gambetta geneigt sein, diesen Antrag zu unterstützen, und dies einer der Punkte sein, über welche Gambetta mit Clemenceau in einer zwischen beiden stattgehabten Unterredung einig geworden sei. Dagegen soll Clemenceau versprochen haben, durch seinen Einfluß auf die Zügelung des radicalen Clubs hinzuwirken.

Gestern wurde unter dem Vorsitze des Unterrichtsministers Ferry die protestantische Facultät der pariser Universität eröffnet. Dieselbe war früher in Straßburg und wurde erst heute in Paris eröffnet, weil die nothwendigen Gebäude noch hergerichtet werden mußten. Sie befindet sich auf dem Boulevard Arago. Unter den Anwesenden bemerkte man die höchsten Spitzen der pariser Universität und viele Professoren. Freilich handelte es sich um ein „patriotisches Werk“. Elsaß-Lothringen spielte in allen Reden die Hauptrolle. Der erste Redner war der Minister Ferry, der mit einer „heißblütigen Elsaßerin“ verheiratet ist. Er bemerkte, indem er der Facultät die Gebäude übergebe, welche die Republik und die Uni-

versität für sie gebaut, könne er nicht vergessen, woher die Facultät komme und wie sie mit den Unglücksfällen Frankreichs und seiner Wiedererhebung verknüpft sei. „Das Kaiserreich“, rief er aus, „hat sie zu Grunde gerichtet; vergessen wir nicht, daß die liberale Republik sie aufgenommen hat. Die Facultät ist eine gemischte (Lutheraner und Calvinisten). Man lebt hier in einer freisinnigen Atmosphäre, in einer gesunden Duldsamkeit. An ihrer Pforte bleibt der enge Sectengeist, welcher nur die Caricatur des Evangeliums ist.“ Der zweite Redner, Lichtenberger, der Dekan der Facultät, der derselben schon in Straßburg angehört, erging sich in langen Sätzen über den Elsaß und meinte, daß man ihm dies nicht vorwerfen dürfe, „da er mit dem Elsaß ganz verwachsen sei“.

Der französische Botschafter in Bern, Senator Challemel-Lacour, traf gestern in Marseille ein. Am Abend wurde ihm zu Ehren ein Banket gegeben, bei dem die Herren Ramagni, Maire von Marseille, Senator Barne und die Deputirten Amet und Rouvier zugegen waren. Nach einem von Frn. Ramagni ausgebrachten Toast ergriff Hr. Challemel-Lacour das Wort. Der Redner sagte, er werde mit Ausdauer den Kampf gegen alle Gegner der Republik fortsetzen, unter welchen die clerikale Partei mit Recht als die gefährlichste betrachtet werde. Hr. Challemel-Lacour deutete auf die vom Clerikalismus angewandten Mittel, um eine Macht festzusetzen, gegen welche die Regierung die Initiative von Vorbeugungsmitteln nahm. Er glaubt, der Senat werde das Gesetz Ferry, das vom republikanischen Frankreich reclamirte Gesetz der Zukunft votiren. Er forderte zur Mäßigung der Ungeduld auf, die gerechtfertigt erscheinen kann, die aber noch andere Folgen haben muß, als die Geschäfte zu lähmen. Nachdem er von dem Kampfe sprach, der gegen die Monarchisten aller Schattirungen zu führen ist, berührte er die nothwendig zu machenden Reformen. Hr. Challemel-Lacour stellt folgende Aufgaben für die Regierung und die Kammern zu erfüllen: Niederwerfung des Clerikalismus, Umbildung des öffentlichen Unterrichts und Reform der Justiz. „Wir wollen“, schloß Hr. Challemel-Lacour seine Rede, „daß die Republik das Volk frei, glücklich und geehrt mache. Die Größe des Vaterlandes ist ein Unterpfand unserer Unabhängigkeit.“

Philippart hat an die Europäische Bank geschrieben, daß er alle um Verzeihung bitte, die durch seine Schuld Geld verloren haben, und daß man nie mehr etwas von ihm hören werde. Der Soir meldet, daß Philippart's Familie selbst nicht wisse, wohin er sich zurückgezogen habe.

— Aus Paris vom 7. Nov. berichtet man der Königin Zeitung: „Infolge von Philippart's Sturz haben ungefähr 15 Häuser der Coullise ihre Zahlungen eingestellt; ein Wechselagent sah sich genöthigt, seine Stelle zu verkaufen.“

— Der National-Zeitung berichtet man aus Paris vom 7. Nov.: „Das von einigen Journalen verbreitete Gerücht bezüglich der Dimission Waddington's wird nunmehr als durchaus unbegründet bezeichnet. Das Ministerium ist entschlossen, sich vollständig vor der Kammer zu präsentiren und die erste Gelegenheit zu benutzen, ein Vertrauensvotum zu verlangen.“

Großbritannien.

* London, 8. Nov. In einem Artikel über die englische Flottendemonstration in türkischen Gewässern äußert sich der „Globe“ wie folgt: „Es ist nöthig, daß wir alles Mögliche thun, um den schlimmsten Mißbräuchen in der Türkei — jenen Mißbräuchen, welche ein Skandal für die Civilisation sind — ein Ende zu bereiten. Rußland täuscht sich wirklich, wenn es glaubt, daß, wenn wir genöthigt seien, die Türkei aufzugeben, wir ihm erlauben würden, nach Gütindänken in Kleinasien zu schalten. Wenn das Osmanische Reich morgen in die Brüche ginge, so würden wir dennoch die Russen verhindern müssen, den südlichen Ufern des Schwarzen Meeres entlang nach den Dardanellen vorzurücken. Es ist dies ein feststehendes Element britischer Politik, und können wir kaum glauben, daß man dies in Petersburg vergesse. Es würde jedoch sowol für uns als für die Welt im allgemeinen besser sein, wenn kein plötzlicher und gewaltsamer Bruch der bestehenden Verhältnisse stattfände. Wäre es der Pforte möglich, sich unsern Ansprüchen zu fügen, so würde dies unsere Verbindlichkeiten im Orient vermindern und unzweifelhaft unberechenbar viel menschliches Elend verhindern. Der Sultan und seine Berather müssen sich der Thatsache anbequemen, daß unsere Ansprüche ernst gemeint sind und beachtet werden müssen. Die schwebenden Unterhandlungen mögen ihnen als eine Warnung dienen — vielleicht die letzte, die sie erhalten — daß ihnen noch eine Chance verbleibt, daß wir aber, falls sie dieselben nicht benutzen, unsere Interessen von den ihrigen trennen und keine Hand rühren werden, um ihren Untergang zu verhindern.“

In der Saturday Review prüft heute eine compe-

tente Feder die Tragweite der Verpflichtung, welche die Türkei durch die Convention vom 4. Juni 1878 bezüglich der kleinasiatischen Reformfrage eingegangen ist, und findet, daß England, falls die Türkei ihre Verpflichtungen nicht erfüllen würde, nach Belieben entweder den Vertrag für erloschen erklären könne (womit auch die englische Garantie Kleinasien wegsallen und die Türkei ihrem Schicksal anheimgegeben würde), oder aber die Vollziehung der Convention auf militärischem oder diplomatischem Wege zu erzwingen berechtigt sei. Es verstehe sich von selbst, daß auch im ersten Falle die Erwerbung Cyperns nicht rückgängig würde.

Rußland.

Die russische Regierung hat nach einer Meldung aus Tabris bei dem Khan von Khiva Beschwerde geführt, daß die Khiwesen die Turkomanen mit Waffen und Munition versorgen. Rußland verlangt eine schleunige und energische Unterdrückung dieser Waffen- und Munitionsausfuhr. Uebrigens sollen auch ohnedies die Beziehungen zwischen Rußland und Khiva sehr gespannt sein, da die Khiwesen mit den Turkomanen, weil letztere ebenfalls der sunnitischen Sekte angehören, sympathisiren und dieselben in ihrem Kampfe gegen Rußland auf jede mögliche Weise unterstützen. Der Khan von Khiva selbst soll sich heimlich den Bewohnern von Merw sehr wohlwollend zeigen, da er wol weiß, daß eine etwaige Besitzergreifung Merws durch die Russen bald auch die gänzliche Unterwerfung der zwei noch selbständigen Khanate Mittelasiens, Bokhara und Khiva, unter die Herrschaft der Russen herbeiführen müßte.

Donaufürstenthümer.

Die rumänische Regierung hat statistische Daten über die Dobrudscha veröffentlicht, denen wir Folgendes entnehmen:

Vom Schwarzen Meere bis zur Stadt Ismail bildet der Thalweg des Nilsarmes die Grenze zwischen Rußland und der Dobrudscha; von Ismail aber bis zur Pruthmündung ist die Grenze noch nicht definitiv festgestellt, da der russische Commissar die Forderung geltend gemacht hat, daß nicht das bessarabische Ufer, sondern der Thalweg der Donau die Grenze zu bilden habe. Was die Grenze zwischen Bulgarien und der Dobrudscha betrifft, so ist dieselbe gemäß Art. 46 des Berliner Tractates von der europäischen Commission festgestellt worden. Sie beginnt 800 Meter östlich von Silistria, geht zwischen Ordu und Mehribijeh-Tabia durch und sibiich der Dörfer Almalau, Sösköi, Barwan, Tele-Tereffi und Isanlit an das Schwarze Meer. Jedoch ist diese Grenzlinie von den Unterzeichneten des Berliner Tractates noch nicht endgültig approbirt worden, nachdem bekanntlich Rußland in Bezug auf den Punkt Arab-Tabia Einwendungen erhoben hat. Rumänien hat die Dobrudscha in zwei Regierungsbezirke eingetheilt, den Regierungsbezirk Tulitscha und den Regierungsbezirk Kusendtsche, mit den Hauptstädten gleichen Namens. Der Regierungsbezirk Tulitscha hat 8707 Quadratkilometer mit 76707 Einwohnern, und zwar 22500 Rumänen, 21861 Bulgaren, 10058 Pippowaner (altgläubige Russen), 6162 Russen, 6049 Türken, 2946 Tataren, 2865 Griechen, 2471 Deutschen, 1000 Juden, 788 Armenier und 380 verschiedenen andern Nationalitäten angehörigen Personen. Der Regierungsbezirk Kusendtsche hat 6051 Quadratkilometer mit 30236 Einwohnern, und zwar 8977 Rumänen, 10444 Türken, 6854 Bulgaren, 3585 Tataren, 300 Griechen, 51 Juden und 15 Armenier. Im ganzen hat also die Dobrudscha, wie sie sich jetzt im Besitze Rumäniens befindet, 14768 Quadratkilometer = 1,475800 Hektaren, mit bloß 106943 Einwohnern. Auffallend ist nur, daß die rumänischen Statistiker mit einem male so außerordentlich und unerwartet viele Rumänen in der Dobrudscha entdeckt haben. Zum Schluß sei noch erwähnt, daß die Dobrudscha 12 Städte und 348 Dörfer und Weiler zählt, welche 12 Stadt- und 254 Dorfgemeinden bilden.

Königreich Sachsen.

* Dresden, 9. Nov. Die national-liberale Fraction in der II. Kammer hat folgenden höchst sach- und zeitgemäßen, weil Zeit sparenden Antrag in Bezug auf die Budgetberathung gestellt:

In Anbetracht der wünschenswerthen Klärung der Landtagsverhandlungen und des hierfür in dem §. 11 der Geschäftsordnung der II. Kammer vorgesehenen beschleunigten Verfahrens, wofür sich besonders diejenigen Etablissemanten eignen, welche als auf festen Unterlagen begründet, regelmäßig ohne wesentliche Abänderungen wiederzuerholen oder die ihrem ganzen Charakter nach der zeitraubenden schriftlichen Berichterstattung durch eine Deputation nicht bedürften, beantragen die Unterzeichneten: die hohe Kammer wolle beschließen: a) die nachfolgenden verzeichneten Kapitel des durch königliches Decret Nr. 2 vorgelegten Staatshaushaltetat für 1880/81, nämlich:

- A. Allgemeine Staatsbedürfnisse. Kap. 1. Civilliste, Chatonellenbedürfnisse, ingleichen Garberoben- und Hofstaatsgelder für Ihre Maj. die Königin. Kap. 2. Apanagen. Kap. 3. Verzinsung der Staats- und Finanzhauptlastensschulden. Kap. 4. Tilgung der Staatsschulden. Kap. 5. Auf den Staatslasten ruhende Jahresrenten. Kap. 6. Zu Abzahlung der dem Domänenetat nicht angehörenden Lasten und zu Abfindungszahlungen bei Rechtsstreitigkeiten. Kap. 7. Landtagelosten. Kap. 8. Stenographisches Institut. Kap. 9. Aufwand in allgemeinen Regierungs- und Verwaltungsangelegenheiten.

- B. Gesamtministerium nebst Dependenz. Kap. 11. Gesamtministerium und Staatsrath nebst Kanzlei. Kap. 12. Cabinetskanzlei. Kap. 13. Ordenskanzlei. Kap. 14. Hauptstaatsarchiv. Kap. 15. Gesetz- und Verordnungsblatt.

Leipziger Börse.

10. Nov.

Wechsel.

Table with columns for location (Amsterdam, Brüssel, London, Paris, Petersburg, Warschau, Wien) and exchange rates.

Deutsche Fonds.

Large table listing various German bonds and securities with columns for title, date, and price.

Bank-Disconto.

Table showing discount rates for various banks (Amsterdam, Brüssel, London, Paris, Wien).

Sorten.

Table listing different types of bonds and securities (Vollwicht, K. Russ. Wicht, etc.) and their prices.

Eisenb.-Stamm-Act.

Table listing shares of railway companies (Altenburg-Zeitz, Ausg.-Teplitz, etc.) and their prices.

Table listing various railway and industrial shares (Berlin-Görlitzer, Berl.-Friedrichs-Magdeburg, etc.) and their prices.

Table listing shares of banks and credit institutions (Altenburg-Zeitz, Chemn.-A.-G., etc.) and their prices.

Table listing shares of industrial companies (Allg. D. Cr.-A., Berl.-Disc.-Ges., etc.) and their prices.

Table listing shares of industrial companies (Chemn.-A.-Splanerei, do. Werks-Masch.-Fabrik, etc.) and their prices.

Table listing shares of industrial companies (Friedrichsgrube, Mariengrube, etc.) and their prices.

Table listing foreign bonds and securities (Teplitzer Stadt-Anleihe, Wiener Comm.-Anl., etc.) and their prices.

Table listing shares of railway companies (Inl. Eisenb.-Prior.-Obl., Altenburg-Zeitz, etc.) and their prices.

Table listing shares of railway companies (Ausl. Eisenb.-Prior.-Obl., Ausg.-Teplitz, etc.) and their prices.

Table listing shares of industrial companies (Kohlen-Act. u. Prior., Braunkohlen-Act., etc.) and their prices.

Table listing shares of industrial companies (Friedrichsgrube, Mariengrube, etc.) and their prices.

Ankündigungen.

Theater der Stadt Leipzig.

Neues Theater. Dienstag, 11. Nov. Theres Krones oder: Drei Tage aus dem Leben einer Schauspielerin. Genrebild mit Gesang in 3 Acten von Karl Haffner. Musik von H. Müller. Mittwoch, 12. Nov. Die Königin von Saba. Geschlossen wegen Vorbereitung der neuen komischen Oper „Der König hat's gesagt“.

Geschäfts-Uebersicht der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt zu Leipzig per 30. September 1879.

Table with financial data including Baare Cassa, Wechsel, Waaren-Pfand-Wechsel, Pfänder, Effecten, Laufende Rechnungen, etc. Columns include item name, amount, and percentage.

Verlag von August Hirschwald in Berlin. Die Morphiumsucht. Eine Monographie nach eigenen Beobachtungen von Dr. Ed. Levinstein.

Die Annoncen-Expedition von J. Berek & Co. in Halle a. d. Saale empfiehlt sich zur Annahme von Inseraten in alle Zeitungen.

Königl. Hoftheater zu Dresden. Repertoire-Entwurf vom 11. bis 15. November. Altstadt, Neustadt.

Leipziger Tageskalender vom 11. November. Eisenbahnfahrten. Bairischer Bahnhof, A. Eine Leipzig-Ges.

Verantwortlicher Redacteur: Prof. Dr. Karl Wiedermann in Leipzig. — Herausgeber: Dr. Eduard Brockhaus in Leipzig. — Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Bekanntmachung.

Bei der in Gemäßheit des Gesetzes vom 5. November 1863 Nr. 451 der Gesammmlung am 25. v. Rts. stattgehabten fünfzigsten Auslosung von Schuldbriefen der hiesigen Ablösungscasse, welche zur Ablösung von Grundlasten ausgegeben worden sind, sowie bei der auf Grund der Gesetze vom 4. und 5. März 1876, Nr. 8 und 7 der Gesammmlung vom Jahre 1876, an demselben Tage erfolgten dritten Auslosung von Schuldbriefen derselben Casse, deren Ausgabe zur Ablösung von Abgaben und Leistungen an Kirchen, Pfarreien etc. stattgefunden hat, sind die nachverzeichneten Schuldbriefe betroffen und zur Abzahlung bestimmt worden:

- A. Schuldbriefe zur Ablösung von Grundlasten: aus Serie A. Nr. 206; B. Nr. 156, 237, 292, 350, 437, 564, 594, 1074, 1213, 1338, 2097, 2113 und 2137; C. Nr. 227, 334, 337, 405 und 475; D. Nr. 103 und 121; E. Nr. 141, 193, 517 und 521; F. Nr. 123 und 142. B. Schuldbriefe zur Ablösung von Abgaben und Leistungen an Kirchen, Pfarreien etc. aus Serie B. Nr. 3029, 3035 und 3041; D. Nr. 3014; E. Nr. 3002.

Die Inhaber dieser Schuldbriefe werden hierdurch aufgefordert, dieselben nebst den dazu gehörigen, noch nicht fälligen Zinsabschnitten und den Zinssteifen innerhalb eines halben Jahres, vom Tage des Erlasses der gegenwärtigen Bekanntmachung an gerechnet, bei der Herzoglichen Ablösungscasse-Verwaltung alhier einzureichen und dagegen den Neuwerth dieser Schuldbriefe in baarem Gelde, so wie auch die laufenden Zinsen bis zum Tage der Capitalzahlung, so fern diese innerhalb des bezeichneten halbjährigen Zeitraums erfolgt, in Empfang zu nehmen. Mit dem Ablauf des sechsten Monats vom Tage des Erlasses dieser Bekanntmachung an hört die Verzinsung der sämmtlichen ausgelosten, oben bezeichneten Schuldbriefe auf.

Hierzu wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß an dem obigen Auslosungstage die am 30. October 1875 ausgelosten, inzwischen sämmtlich zur Rückzahlung gekommenen Schuldbriefe der Ablösungscasse zur Ablösung von Grundlasten, nämlich: Serie A. Nr. 207; B. Nr. 64, 463, 683, 708, 1104, 1463, 1476, 1579, 1611, 1898, 1911, 1988, 2014, 2038, 2078, 2110, 2127 und 2152; C. Nr. 93, 160, 269, 328, 394 und 435; D. Nr. 85 und 109; E. Nr. 76, 128, 318, 396 und 495; F. Nr. 120 und 134, nebst den dazu gehörigen Zinssteifen und Zinsabschnitten, der gesetzlichen Bestimmung gemäß, verbraunt worden sind. Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß folgende, bereits früher ausgeloste Schuldbriefe der Ablösungscasse, nämlich: a. Schuldbriefe zur Ablösung von Grundlasten. Serie A. Nr. 53; B. Nr. 167, 267, 322, 385, 475, 665, 1087, 1204, 1307, 1952, 2049, 2088 und 2089; C. Nr. 102, 144, 151, 255, 319 und 399; D. Nr. 117, 249, 395 und 491; E. Nr. 57 und 295; F. Nr. 62, 95 und 144; b. Schuldbriefe zur Ablösung von Abgaben an Pfarreien etc. Serie B. Nr. 3008; C. Nr. 3002; E. Nr. 3020 und 3027 bis jetzt zur Einlösung bei der Ablösungscasse-Verwaltung noch nicht präsentirt worden sind. Es werden daher die Inhaber derselben zu deren Einlösung mit dem Bemerkten aufgefordert, daß die Verzinsung dieser Schuldbriefe bereits aufgehört hat. Endlich wird hiermit bekannt gemacht, daß der am 1. November 1875 fällig gewordene Zinsabschnitt von den Rentenbriefen Litt. B. Nr. 1893 und Litt. E. Nr. 420 und 460 bis jetzt zur Einlösung nicht präsentirt worden ist und daher wegen Ablaufs der vierjährigen Frist nunmehr seine Gültigkeit verloren hat. Gotha, den 1. November 1879.

Herzoglich Sächsisches Staatsministerium. v. Seebach. [2076-78]

Rhm. 5, 20 (Eisenach), Rhm. 8, 45 (bis Weissenfels), Rhm. 10, 50 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 10 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 11 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 12 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 13 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 14 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 15 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 16 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 17 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 18 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 19 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 20 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 21 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 22 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 23 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 24 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 25 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 26 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 27 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 28 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 29 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 30 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 31 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 32 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 33 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 34 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 35 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 36 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 37 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 38 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 39 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 40 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 41 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 42 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 43 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 44 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 45 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 46 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 47 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 48 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 49 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 50 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 51 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 52 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 53 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 54 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 55 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 56 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 57 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 58 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 59 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 60 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 61 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 62 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 63 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 64 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 65 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 66 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 67 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 68 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 69 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 70 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 71 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 72 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 73 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 74 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 75 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 76 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 77 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 78 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 79 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 80 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 81 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 82 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 83 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 84 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 85 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 86 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 87 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 88 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 89 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 90 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 91 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 92 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 93 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 94 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 95 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 96 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 97 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 98 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 99 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 100 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 101 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 102 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 103 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 104 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 105 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 106 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 107 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 108 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 109 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 110 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 111 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 112 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 113 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 114 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 115 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 116 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 117 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 118 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 119 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 120 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 121 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 122 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 123 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 124 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 125 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 126 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 127 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 128 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 129 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 130 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 131 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 132 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 133 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 134 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 135 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 136 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 137 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 138 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 139 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 140 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 141 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 142 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 143 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 144 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 145 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 146 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 147 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 148 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 149 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 150 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 151 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 152 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 153 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 154 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 155 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 156 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 157 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 158 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 159 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 160 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 161 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 162 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 163 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 164 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 165 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 166 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 167 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 168 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 169 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 170 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 171 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 172 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 173 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 174 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 175 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 176 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 177 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 178 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 179 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 180 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 181 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 182 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 183 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 184 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 185 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 186 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 187 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 188 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 189 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 190 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 191 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 192 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 193 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 194 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 195 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 196 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 197 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 198 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 199 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 200 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 201 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 202 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 203 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 204 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 205 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 206 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 207 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 208 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 209 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 210 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 211 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 212 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 213 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 214 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 215 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 216 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 217 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 218 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 219 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 220 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 221 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 222 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 223 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 224 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 225 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 226 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 227 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 228 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 229 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 230 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 231 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 232 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 233 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 234 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 235 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 236 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 237 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 238 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 239 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 240 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 241 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 242 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 243 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 244 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 245 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 246 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 247 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 248 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 249 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 250 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 251 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 252 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 253 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 254 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 255 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 256 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 257 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 258 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 259 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 260 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 261 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 262 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 263 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 264 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 265 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 266 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 267 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 268 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 269 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 270 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 271 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 272 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 273 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 274 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 275 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 276 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 277 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 278 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 279 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 280 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 281 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 282 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 283 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 284 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 285 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 286 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 287 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 288 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 289 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 290 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 291 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 292 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 293 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 294 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 295 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 296 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 297 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 298 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 299 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 300 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 301 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 302 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 303 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 304 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 305 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 306 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 307 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 308 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 309 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 310 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 311 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 312 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 313 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 314 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 315 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 316 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 317 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 318 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 319 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 320 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 321 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 322 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 323 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 324 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 325 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 326 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 327 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 328 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 329 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 330 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 331 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 332 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 333 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 334 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 335 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 336 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 337 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 338 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 339 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 340 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 341 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 342 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 343 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 344 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 345 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 346 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 347 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 348 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 349 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 350 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 351 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 352 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 353 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 354 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 355 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 356 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 357 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 358 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 359 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 360 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 361 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 362 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 363 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 364 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 365 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 366 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 367 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 368 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 369 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 370 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 371 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 372 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 373 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 374 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 375 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 376 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 377 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 378 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 379 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 380 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 381 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 382 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 383 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 384 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 385 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 386 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 387 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 388 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 389 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 390 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 391 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 392 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 393 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 394 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 395 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 396 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 397 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 398 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 399 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 400 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 401 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 402 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 403 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 404 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 405 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 406 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 407 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 408 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 409 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 410 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 411 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 412 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 413 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 414 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 415 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 416 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 417 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 418 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 419 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 420 (Eg., 1. u. 2. Kl.), Rhm. 11, 421 (Eg., 1. u. 2.